

Stand: 04.04.2026 12:14:17

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/13015

"Rechtsunsicherheit beseitigen: Weiterentwicklung des Glücksspielstaatsvertrags forcieren"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/13015 vom 27.09.2016
2. Plenarprotokoll Nr. 82 vom 28.09.2016
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14490 des VF vom 24.11.2016
4. Beschluss des Plenums 17/14735 vom 08.12.2016
5. Plenarprotokoll Nr. 89 vom 08.12.2016



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Rechtsunsicherheit beseitigen:
Weiterentwicklung des Glücksspielstaatsvertrags forcieren**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich zusammen mit den Bundesländern umgehend für eine zumindest teilweise Neufassung des Glücksspielstaatsvertrags einzusetzen.

Dabei ist erstens die Vergabe von Lizenzen für Sportwetten so zu regulieren, dass sie nicht auf quantitativen, sondern auf qualitativen Kriterien beruht und dabei die Suchtprävention, den Spielerinnen- und Spielerschutz und die Bekämpfung des Schwarzmarkts in den Vordergrund stellt.

Zweitens ist die Glücksspielaufsicht auf eine demokratisch legitimierte Grundlage zu stellen.

Begründung:

Das Glücksspielwesen in Deutschland braucht dringend eine Neuregulierung. Die Ministerpräsidenten konnten sich bisher noch nicht auf eine gemeinsame Linie bei der Weiterentwicklung des Glücksspielstaatsvertrags einigen. Dabei drängt die Zeit. Zum einen besteht insbesondere bei Sportwetten seit Jahren eine höchst unsichere Rechtslage, die die Anbieter oder potenziellen Anbieter im Grau- oder Schwarzmarkt belässt. Für die Spielerinnen und Spieler ist der Unterschied zwischen legal oder nicht legal nicht immer ersichtlich. Es sollte aber jedem Spieler klar sein, ob er an einem genehmigten und damit reguliertem, beaufsichtigten und damit sicherem Spiel teilnimmt, oder eben nicht. Zum anderen besteht die Gefahr, dass einzelne Länder aus dem gemeinsamen Staatsvertrag der Länder ausscheiden.

Beides ist nicht nur aus Sicht des Fiskus schädlich, sondern behindert zunehmend die eigentlichen Ziele des Staatsvertrags: die Suchtprävention, den Schutz der Spielerinnen- und Spieler und die Bekämpfung des Schwarzmarkts.

Bei einer Reform der Lizenzvergabe für Sportwetten führt an qualitative Kriterien für die Vergabe kein Weg vorbei. Denn letztlich ist jede quantitative Vorgabe willkürlich und damit rechtlich angreifbar. Bei einer Reform der Glücksspielaufsicht müssen Demokratiedefizite beseitigt werden. Der Vorschlag des Landes Hessen zur Gründung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt ist dabei ein unterstützenswerter Vorschlag.

tungen? – Auch keine. Damit ist dieser Antrag in der geänderten Fassung angenommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir kommen nun zurück zum Tagesordnungspunkt 6. Hier ist noch die namentliche Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Freiheit braucht Sicherheit!" auf der Drucksache 17/13012 offen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Urnen sind bereitgestellt. Ich kann die Abstimmung eröffnen. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 21.26 bis 21.31 Uhr)

Die fünf Minuten sind vorbei. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und noch heute Abend bekannt gegeben.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/13013 bis 17/13018 sowie die Dringlichkeits-

anträge auf den Drucksachen 17/13025 und 17/13026 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich habe das Gefühl, das Auszählen geht immer schneller. Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Zellmeier, Dr. Herrmann und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Freiheit braucht Sicherheit!", Drucksache 17/13012, bekannt. Mit Ja haben 68, mit Nein haben 49 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: 2. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Damit haben wir heute alle Tagesordnungspunkte abgearbeitet. Ich danke Ihnen fürs Dableiben und für den ereignisreichen Tag. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Schluss: 21.34 Uhr)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause,
Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/13015**

**Rechtsunsicherheit beseitigen: Weiterentwicklung des Glücks-
spielstaatsvertrags forcieren**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Ulrike Gote**
Mitberichterstatter: **Andreas Lorenz**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 58. Sitzung am 20. Oktober 2016 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 134. Sitzung am 24. November 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: 11 Ablehnung, 1 kein Votum
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Franz Schindler
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

Drs. 17/13015, 17/14490

Rechtsunsicherheit beseitigen: Weiterentwicklung des Glücksspielstaatsvertrags forcieren

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Vorweg ist gesondert über die **Nummer 11 der Anlage zur Tagesordnung** abzustimmen:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rechtsunsicherheit beseitigen: Weiterentwicklung des
Glücksspielstaatsvertrags forcieren (Drs. 17/13015)**

Dazu liegen unterschiedliche Voten der Fraktionen in den Ausschüssen vor. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen und der mitberatende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfehlen die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt folgt noch die Abstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.